

12.03.2013

Niederschrift über die Senatssitzung

(IV.1)

Herr Staatsrat Lattmann trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2013/661, betreffend

Einbringung von zwei Gesetzesentwürfen zur Änderung des
Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen:

- 1) zur gesetzlichen Absicherung des Presse-Grossos und
- 2) zur Änderung des Pressefusionsrechtes in den Bundesrat,

vor.

Der Senat beschließt, die als Anlage zur Drucksache vorgelegten Entwürfe eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen zur gesetzlichen Absicherung des Presse-Grossos und eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen zur Änderung des Pressefusionsrechtes in den Bundesrat einzubringen.

Gr. Verteiler

Für die Richtigkeit

732.01.02

706.17-4

732.02-01

702.29-01-2013



Senatskanzlei

Berichterstattung:
Bürgermeister Scholz
Staatsrat Dr. Krupp

TOP IV 1
BRIX 2

Vorblatt zur
Senatsdrucksache
Nr. 2013/00661
vom: 08.03.2013
für den Senat
am: 12.03.2013
IV

Einbringung von zwei Gesetzesentwürfen zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen: 1) zur gesetzlichen Absicherung des Presse-Grossos und 2) zur Änderung des Pressefusionsrechtes in den Bundesrat

Petitum (Seite 4)

Der Senat wird gebeten,

die Einbringung der als Anlage beigefügten Gesetzesentwürfe in den Bundesrat zu beschließen.

A. Zielsetzung

Es soll die gesetzliche Absicherung des seit Jahrzehnten bewährten Presse-Grosso-Vertriebssystems, das wesentlich zur Überallerhältlichkeit von Presstiteln und zu einem diskriminierungsfreien Zugang insbesondere auch von Titeln kleinerer Verlage und von Titeln mit kleineren Auflagen zum Lesermarkt beiträgt, erreicht werden. Zudem soll in einem weiteren Entwurf der Handlungsspielraum von Presseunternehmen im Bereich der Pressefusionskontrolle erweitert werden.

B. Lösung

Einbringung der als Anlage beigefügten Gesetzesentwürfe in den Bundesrat. Die Einbringung von jeweils eigenständigen Entwürfen in den Bundesrat ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass einige Länder signalisiert haben, ggf. die Regelungen zur Änderung des Pressefusionsrechtes nicht mitzutragen. Insoweit besteht noch Klärungsbedarf im Länderkreis. Um aber jedenfalls das Presse-Grosso rechtlich abzusichern, empfiehlt sich die Einbringung von zwei eigenständigen Gesetzesentwürfen.

C. Auswirkungen auf den Haushalt

Keine Auswirkungen auf den Haushalt.

D. Auswirkungen auf die Vermögenslage

Keine Auswirkungen auf die Vermögenslage.

E. Sonstige finanzielle Auswirkungen

Keine sonstigen finanziellen Auswirkungen.

F. Auswirkungen auf:

- Familienpolitik
- Klimaschutz
- Bürokratieabbau
- Inklusion
- Gleichstellung

G. Alternativen

Verzicht auf eine Einbringung; Einbringung nur eines einzigen Gesetzesentwurfes mit Regelungen zum Presse-Grosso und Pressefusionsrecht oder Einbringung nur jeweils eines Gesetzesentwurfes zum Presse-Grosso oder Pressefusionsrechtes.

H. Anlagen

Anlage 1: Gesetzesentwurf Presse Grosso

Anlage 2: Gesetzesentwurf Pressefusionsrecht